

# Editorial



Das Verhältnis von Islam und Demokratie stand in den vergangenen Jahren häufig im Zentrum politischer Debatten, an denen sich Experten vieler Disziplinen beteiligten, und zwar aus der Wissenschaft ebenso wie aus den Bereichen Politik, Wirtschaft oder Militär. Auch die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich vielfach mit diesem Themenbereich auseinandergesetzt. Dabei geht es uns nicht um bestimmte Schablonen über „den“ Islam nach dem Muster: Islam versus Moderne, Islam versus Demokratie oder gar Islam versus Aufklärung. Stattdessen versuchen wir, positive Ansatzpunkte aufzugreifen und zu stärken. Wir wollen Demokratie, Menschenrechte und den freiheitlichen Rechtsstaat überall mit Hilfe von Partnern fördern, die sich ebenfalls für diese Ziele einsetzen – unabhängig davon, welcher Religion sie angehören. Unsere internationale Arbeit bleibt durch politische Ziele und Leitthemen geprägt, unter denen die liberale und freiheitliche Demokratie an oberster Stelle steht.

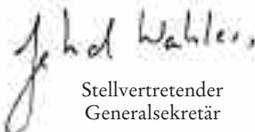
Bei der Frage nach dem Verhältnis von Islam und Demokratie geht es uns nicht darum, den Islam als Religion zur Ursache unterschiedlicher Probleme zu erklären, sondern vielmehr umgekehrt, dem sich vermeintlich zuspitzenden „Zusammenprall der Kulturen“ entgegenzusteuern. Es zeigt sich, dass die Meinungsvielfalt und die Pluralität politischer und weltanschaulicher Überzeugungen unter Muslimen ebenso groß sind wie unter Christen, Hindus oder Buddhisten. Deshalb richten sich die meisten unserer

Projekte nicht primär an „den“ Islam als Religion, sondern an individuelle Muslime, die für bestimmte Inhalte, Ziele und Interessen repräsentativ sind und mit denen wir zusammenarbeiten möchten.

Ebenso wie in anderen Regionen ist die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung auch in islamischen Ländern von den besonderen Interessen Deutschlands und Europas geprägt. Projekte zur Demokratieförderung, zur Stärkung des Rechtsstaats und zur Entwicklung einer sozialen Marktwirtschaft tragen indirekt immer auch dazu bei, den Frieden zwischen den Ländern dieser Region zu sichern und möglichen Konflikten vorzubeugen. Wir fördern einen ordnungspolitischen Dialog, der neben politischen und wirtschaftlichen insbesondere auch soziale Fragen umfasst, die Freiheit der Medien und die Verbesserung der Bildungschancen auf breiter Ebene.

Die sechs Länderbeispiele, die in diesem Heft zusammengestellt sind, stammen überwiegend aus Asien, da sich – im Hinblick auf die Verankerung demokratischer Strukturen – dort eine Reihe positiver Entwicklungen beobachten lassen. Auch wenn die bestehenden Parteien und Parlamente in der islamischen Welt größtenteils nicht mit unseren vergleichbar sind und es außer in der Türkei, in Indonesien und natürlich in Indien kaum demokratisch gefestigte Parteistrukturen gibt, gelingt es uns dennoch immer wieder, mit Führungspersonlichkeiten zusammenzuarbeiten, die uns programmatisch nahe stehen und mit denen wir gemeinsam Projekte zur Demokratieförderung in Angriff nehmen.

Die folgenden Seiten vermitteln einen exemplarischen Überblick über unsere Arbeit in islamisch geprägten Ländern, in denen wir mit eigenen Büros vertreten sind und spezifische Projekte umsetzen. Sie fügen sich zu einem Bild zusammen, das unsere spezifischen Ansätze deutlich macht und Prioritäten erkennen lässt. Ich hoffe, dieses Bild wird das Interesse vieler Leser an unserer Arbeit wecken und zugleich bereits vorhandene Fragen beantworten.

  
Stellvertretender  
Generalsekretär